Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich	Stadtamt Amt 50	Stellungnahme-Nr. S0430/20	Datum 23.11.2020
zum/zur F0261/20 – DIE LINKE, Stadtrat Karsten Köpp			
Bezeichnung Unterstützung einkommensschwacher Bürger*innen in der Corona-Krise			
Verteiler Der Oberbürgermeister		Tag 01.12.2020	

In der Stellungnahme zum Antrag „Unterstützung von Einkommensschwachen und entgeltfreie Abgabe von Einmalmasken prüfen“ (S0206/20) führt die Sozialbeigeordnete Frau Borris aus, dass das Sozialdezernat die Gestellung von Mehrweg-Mund-Nasen-Schutz als Spende einwerben und an bestimmten Orten anbieten (bspw. Suppenküche, Bahnhofsmission, Magdeburger Tafel u.a.) sowie bei Aufsuchen der Dienststellen im Bedarfsfall Einweg-Mund-Nasenschutz bereitstellen will.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. **Ist vor dem Hintergrund derzeit steigender Corona-Neuinfektionen vorgesehen, Maßnahmen zur Unterstützung von einkommensschwachen Personen zu realisieren?**

Das Dezernat V plant aktuell keine weitere, über die bekannten Sozialhilfesysteme SGB XII und SGB II bzw. der städtischen Hilfen durch das Familieninformationsbüro oder die Hotline 4040 des Sozial- und Wohnungsamtes, hinausreichende Unterstützung für einkommensschwache Bürger*innen.

In den Bereichen des Sozialdezernates werden im Ausnahmefall zum Betreten des Hauses, wenn nicht selbst vorhanden, Einwegmasken ausgegeben. Bisher gab es im Sozial- und Wohnungsamt keine Anträge oder Nachfragen auf die zusätzliche Bereitstellung von Mehrweg-Mund-Nasen-Schutze.

2. **Wenn ja, ab wann, in welcher Form und in welchem Umfang?**

Das Dezernat V hat bei den Institutionen AQB gGmbH und Bahnhofsmission bezüglich der Bereitstellung von Mund-Nasen-Schutz den Bedarf erfragt.

Im Ergebnis sind diese aktuell grundsätzlich mit ausreichend Mund-Nasen-Schutz ausgestattet, sehen eine Spende von weiteren Mund-Nasen-Schutz jedoch als wünschenswert an.

Bei Bedarf bzw. Abforderung wird das Dezernat V der AQB und der Bahnhofsmission aus dem eigenen Kontingent Mund-Nasen-Schutze für einkommensschwache Bürger*innen zur Verfügung stellen.

Borris